

LAND TAGS KURIER



Seite 3:
Ministerpräsident
für starken Staat
und aktive Bürger



Seite 9:
Dialog zur Novelle
des Sächsischen
Schulgesetzes



Seite 14:
Kuratorium des
Forums Mitteleuropa
tagte in Dresden

Ausgabe
2.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in einer Sondersitzung des Landtags zum Thema »Starker Staat und aktive Bürger« hat Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seiner Regierungserklärung am 29. Februar 2016 zur Verteidigung demokratischer Werte sowie zur Bekämpfung rechtsextremer Umtriebe in Sachsen aufgerufen.

Das setzt sowohl staatliches Handeln als auch bürgerschaftliches Engagement voraus. Wir brauchen nicht nur einen starken und handlungsfähigen Staat, sondern vor allem auch überall in unserem Land aktive Bürger, die dazu bereit sind, Sachsen als Verfassungsstaat, wie er vor 25 Jahren begründet wurde, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen und weiterzuentwickeln.

An diesen Gedanken knüpfte der Sächsische Landtag am 16. März mit einer Aktuellen Debatte an. Darin haben die staatlichen Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie im Freistaat und für eine bessere Integration von Flüchtlingen im Zentrum gestanden. Konkret handelt es sich um das am 4. März von der Staatsregierung beschlossene Maßnahmenpaket für ein starkes Sachsen. Dessen Maßnahmen reichen von der Stärkung der Inneren Sicherheit über die Förderung der politischen Bildung und des gesellschaftlichen Dialogs bis hin zur Integration. Die Integrationsmaßnahmen richten sich gleichermaßen an Asylsuchende, Kommunen und Ehrenamtliche und tragen damit zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei.

Integration ist aber nicht nur eine Herausforderung für das Land und seine Kommunen, sondern vor allem auch eine nationale und europäische Aufgabe. Daher ist es nur folgerichtig, dass die Flüchtlingskrise auch eines der Themen der Sitzung des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag am 16. und 17. Februar gebildet hat.

Was für die gemeinsamen Bemühungen um die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft gilt, besitzt auch für das Miteinander in Mitteleuropa Gültigkeit. Hier wurden die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt gestellt. Einigkeit bestand darin, dass die mitteleuropäischen Länder als Mitglieder der Europäischen Union und als Angehörige eines über Jahrhunderte hinweg gewachsenen Kulturraums das Interesse an einem europäischen Miteinander in Frieden, Wohlstand und Freiheit verbindet und auch in Zukunft verbinden wird.

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

Sondersitzung des Sächsischen Landtags
Starker Staat und aktive Bürger
Ministerpräsident Stanislaw Tillich ruft zur gemeinsamen
Verteidigung demokratischer Werte auf 4

30. Sitzung des Sächsischen Landtags
Sachsen handelt
CDU und SPD: Stärkung des Staates und Förderung
der Integration 6

30. Sitzung des Sächsischen Landtags
Auf dem Abstellgleis?
DIE LINKE beantragte Aktuelle Debatte zum
Bahn-Land Sachsen 8

31. Sitzung des Sächsischen Landtags
Demokratie braucht Dialog
CDU und SPD thematisierten die Bürgerforen
zum Schulgesetz 9

Hintergrundinformationen zum Schulgesetz 11

31. Sitzung des Sächsischen Landtags
Gelebte und geprägte Freiheit
Aktuelle Debatte zu Obergrenzen für Bargeld
auf Antrag der AfD-Fraktion 12

EUROPA

Miteinander in Mitteleuropa
Sitzung des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa 14

SONDERTHEMA

Ein Friedensaktivist aus Crimmitschau
Matthias Kluge 16

WEGWEISER PARLAMENT

Gewaltenteilung 18

AUSSTELLUNG

Neues Wohnen und Leben in Sachsen 20

GESCHICHTE

Orakel über einen Landtag
Kurfürst Augusts Punktierkunst, ein flüchtiger Staatsschatz
und der Landtag im Jahr 1576 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titelmotiv: Medienpräsenz während des Plenums // Foto: S. Giersch

Stärkung von Demokratie

Foto: S. Füssel

// Eine Sondersitzung des Sächsischen Landtags widmete sich am 29. Februar aktuellen Fragen des Umgangs mit Flüchtlingen in Sachsen. Ministerpräsident Stanislaw Tillich verurteilte in einer Regierungserklärung fremdenfeindliche Vorfälle in Bautzen und Clausnitz und rief zur Verteidigung demokratischer Werte auf. Im Mittelpunkt des 30. Plenums standen Aktuelle Debatten zu einem Maßnahmenpaket, mit dem die Staatsregierung u.a. die Innere Sicherheit stärken und die Integration von Migranten fördern will, und zum Bahn-Land Sachsen. Auf der 31. Sitzung wurden die Bürgerforen zum Sächsischen Schulgesetz sowie die von der Bundesregierung vorgeschlagene künftige Obergrenze für Bargeldzahlungen thematisiert. //



// Stanislaw Tillich // Fotos: S. Füssel

Sondersitzung des Sächsischen Landtags

Starker Staat und aktive Bürger

Ministerpräsident Stanislaw Tillich ruft zur gemeinsamen Verteidigung demokratischer Werte auf

// In einer Sondersitzung am 29. Februar 2016 setzte sich der Landtag mit den fremdenfeindlichen Vorfällen in Clausnitz und Bautzen auseinander. In Clausnitz hatten am 18. Februar etwa 100 Personen einen Bus mit Flüchtlingen blockiert. In Bautzen war in der Nacht zum 21. Februar ein Brandanschlag auf eine geplante Asylunterkunft verübt worden. Ministerpräsident Stanislaw Tillich rief die Bürgerinnen und Bürger in einer Regierungserklärung mit dem Titel »Starker Staat und aktive Bürger« zur Verteidigung demokratischer Werte sowie zur Bekämpfung der rechtsextremen Umtriebe in Sachsen auf. //

Uwe Nösner

Konsequenzen ziehen

Rico Gebhardt, DIE LINKE, warf dem Ministerpräsidenten und der CDU in Sachsen vor, auf verurteilungswürdige Vorfälle nur dann zu reagieren, wenn es gar nicht mehr anders gehe, dann zu relativieren, mit dem Finger auf andere zu zeigen und anschließend wieder zur Tagesordnung überzugehen. Die sächsische CDU habe einen Kulturkampf im Namen scheinbarer konservativer Werte geführt, in dem der Freistaat nun selbst zu Bruch zu gehen drohe. Die Verunsicherung der Bevöl-

Mit Blick auf die Ereignisse in Clausnitz und Bautzen hob Stanislaw Tillich hervor, dass es ein jämmerliches und abstoßendes Verhalten sei, wenn Flüchtlinge attackiert und Unterkünfte angezündet würden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht werde. Zugleich räumte er ein, dass einige Menschen verunsichert seien, weil sie sich an den

Rand gedrängt, benachteiligt oder schlecht behandelt fühlten. Es sei aber nicht zu entschuldigen, wenn darauf mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus reagiert werde. Sachsen habe ein Problem mit Rechtsextremismus, das größer sei, als es viele hätten wahrhaben wollen. Tillich rief dazu auf, die Abwehrkräfte gegen den Rechtsextremismus zu stärken,

und kündigte an, Polizei und Justiz personell aufzustocken. Außerdem solle das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen« weiterentwickelt werden. Eine entscheidende Rolle spielten die Mitarbeiter in der Verwaltung, die Polizisten und die Lehrer als Anwälte des Staates, Verteidiger des Grundgesetzes und Vorbilder im Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus.

kerung sei schon vor Ankunft der Flüchtlinge da gewesen. Um dem Unmut abzuwehren, der die Menschen auf die Straße treibe, schlug Gebhardt unter anderem vor, die Sanktionen gegen Russland und die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen zu beenden sowie eine Bürgerversicherung, eine solidarische Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle einzuführen.

Gegen Überforderung

Er, so Frank Kupfer, CDU, sei ein Sachse und stolz auf dieses Land. Belehrungen von außen lehne er ab. In Sachsen wisse man selbst, was zu tun sei, und handele danach. Weder von einer Verharmlosung des Problems noch von landesweiter Fremdenfeindlichkeit könne die Rede sein. Kupfer ging auch auf Bedenken gegenüber der Asylpolitik ein. Jeder, der zu uns komme, müsse sachgerecht und anständig behandelt werden, egal, ob er bleiben dürfe oder nicht. Das funktioniere



// Rico Gebhardt

allerdings nur, wenn die Flüchtlingsströme niemanden überforderten. Seine Fraktion wolle vor allem, dass Integration gelinge. Das heiÙe fördern und fordern mit dem Ziel der vollen Integration der Asylbewerber in unsere Gesellschaft. Nicht gewollt seien Parallelgesell-



schaften, wie sie in manch einer großen westdeutschen Stadt zu erleben seien.

Gemeinsam handeln

Dirk Panter, SPD, stellte fest, dass mancherorts in Sachsen ein Mangel an moralischen Kennziffern bestehe. Jetzt müssten seitens der sächsischen Politik klare Zeichen dafür ge-

baut werden, um die politische Bildung und die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Es gehe um alle Menschen in Sachsen und um ein lebenswertes Land. Den Worten müssten Taten folgen. In 10, 20 Jahren müsse sich die Politik in Sachsen und insbesondere die gegenwärtige Koalition fragen lassen, was getan worden sei, um Rassismus zu bekämpfen, allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Von Werten entfernt

Auch seine Fraktion, so Jörg Urban, AfD, verurteile Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung auf das Schärfste. Darum dürfe es ein »Weiter so« in der sächsischen Politik nicht geben. Die Kluft zwischen Politik und Bürger sei immer größer geworden. Die Lebenswirklichkeit der Menschen und das Regierungshandeln lägen immer weiter voneinander entfernt. Keine Partei habe sich jedoch so weit von ihren Werten entfernt wie die CDU. Der Staat sei nicht mehr in der Lage, die Werte unserer Gesellschaft zu schützen. Das sei der Nährboden für Radikale aus allen politischen Lagern. Wenn eine weitere Verrohung der Gesellschaft

verhindert werden solle, dann müssten alle Politiker beweisen, dass die parlamentarische Demokratie noch funktioniere. Dann müssten Parlamentsbeschlüsse und Regierungshandeln den Willen der Bevölkerungsmehrheit widerspiegeln.

Kurswechsel gefordert

Sachsen, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, befinde sich in einer gefährlichen Krise. Seine Fraktion sei bereit, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den anderen demokratischen Parteien Verantwortung zu übernehmen, damit der Freistaat wieder aus dieser Krise herausfinde. Es gehe nicht darum, eine überforderte Regierungsspitze sturmreif zu schießen, sondern darum, Wege zu finden, Menschen künftig vor Angriffen zu schützen, gegen fremdenfeindliche Hetzer und Gewalttäter vorzugehen und die komplexen Probleme bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu lösen. Sachsen brauche dringend einen funktionsfähigen Rechtsstaat und eine neue demokratische Kultur der Zusammenarbeit. Es brauche einen klaren Kurswechsel für mehr Demokratie, Menschenrecht, Respekt und Weltoffenheit in Sachsen.

Uwe Nösner

Sachsen handelt

CDU und SPD: Stärkung des Staates und Förderung der Integration

// Einen Schwerpunkt der 30. Sitzung am 16. März 2016 bildete die Aktuelle Debatte mit dem Titel »Sachsen handelt – starker Staat, Förderung von Demokratie und Integration«. Sie war von den Fraktionen CDU und SPD beantragt worden. Den Hintergrund bildete das Maßnahmenpaket für ein starkes Sachsen, das die Staatsregierung am 4. März 2016 beschlossen hat. Es bezieht sich auf die Stärkung der Inneren Sicherheit, die Förderung der politischen Bildung und Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs sowie die Stärkung der Integration. //

aus dem vergangenen Jahr fortgeführt und ausgebaut werden könne. Das Integrationspaket trage zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Es bereite den Weg für Asylsuchende, Kommunen und Ehrenamtliche gleichermaßen. Die Bürgermeister würden entlastet. Die wichtige Vernetzung von Helferinnen und Helfern werde unterstützt.

Wie Innenminister Markus Ulbig eingangs betonte, zeige der Beschluss des Maßnahmenpakets für ein starkes Sachsen, dass die Sächsische Staatsregierung schnell und konstruktiv Lösungen herbeiführen könne. Der Stellenabbau im Bereich der Polizei werde ausgesetzt und auf den Abbau von 676 Stellen bis 2020 verzichtet. Zusätzlich würden 1.000 neue Stellen geschaffen. Damit stünden insgesamt 1.676 Stellen mehr als bislang geplant zur Verfügung. Die Zahl der Polizeianwärter werde

noch in diesem Jahr um 100 auf 500 erhöht. Im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren müssten es 600 sein, um die neuen Stellen in einem mittelfristigen Zeitraum besetzen zu können.

Für Zusammenhalt

Petra Köpping stellte die Maßnahmen zur Integration in den Mittelpunkt. Das Integrationspaket enthalte für das laufende Jahr Maßnahmen im Umfang

von 34,4 Millionen Euro. Zugleich machte die Integrationsministerin deutlich, dass die Verantwortung für eine erfolgreiche Integration bei den Migrantinnen und Migranten selbst sowie bei der Aufnahmegesellschaft und ihren Institutionen liege. Integration brauche die richtigen Voraussetzungen, damit sie gelingen könne. Mit dem Integrationspaket sei Sachsen einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Es sei ein Sofortprogramm für das Jahr 2016, mit dem die Arbeit

Gegen Rechtsextremismus

Christian Hartmann, CDU, bezeichnete das Maßnahmenpaket als ersten Schritt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzutreten und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken. Besonders wichtig sei,

// Christian Hartmann

// Juliane Pfeil

// Rico Gebhardt

// Sebastian Wippel

// Volkmar Zschocke



dass der Stellenabbau bei der Polizei ausgesetzt werde. Auch die Wiedereinsetzung der Professur für gesellschaftspolitische Bildung an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg sei eine wichtige Entscheidung. Sie fördere die Aus- und Fortbildung von Polizisten beim Umgang mit Extremismus, aber auch im Bereich der interkulturellen Kompetenz. Nur ein starker Staat könne die Demokratie wirksam verteidigen. Darum sei auch der Ausbau des Landesamtes für Verfassungsschutz eine richtige Antwort auf Extremismus. Angesichts der zunehmenden politisch motivierten Straftaten, rechtsextremer Übergriffe auf Flüchtlinge und Unterkünfte müsse der Verfassungsschutz gestärkt werden.

Kommunen unterstützen

Juliane Pfeil, SPD, zeigte sich erfreut darüber, dass Sachsen jetzt endlich Handlungsfähigkeit bei den Bemühungen um Integration gewonnen habe. Gerade die Städte und Gemeinden brauchten die direkte Unterstützung des Landes. In den letzten Monaten hätten Bürgermeister des Öfteren von Überforderung bei der Suche nach Problemlösungen und über Verunsicherungen in der Bevölkerung gesprochen. Es sei wichtig, genau an dieser Stelle anzusetzen und den Bürgermeistern zusätzliche Unterstützung zu geben, um den entstandenen Vertrauensverlust in die Politik zu überwinden. Das größte Integrationshemmnis in Sachsen sei der Rassismus. Umso wichtiger sei es, dass sich die Sächsische Staatsregierung klar zum Förderprogramm »Weltoffenes Sachsen« bekannt habe. Damit würden die Demokratinnen und Demokraten in Sachsen, die für Weltoffenheit und Toleranz kämpften, gezielt gestärkt.

Dem Landtag liegt nichts vor

CDU und SPD, so Rico Gebhardt, DIE LINKE, redeten wieder darüber, dass Sachsen handle. Dem Landtag, der über Anträge und Gesetze beschließe, liege nichts vor. Seine Fraktion befürchte, dass nötige Schritte wie die bessere Personalausstattung von Bildung, Polizei und Justiz weiter unter dem Unland-Vorbehalt stünden. Ein halbes Jahr lang sei eine Abkehr vom Polizei-Personalabbau angekündigt worden. Schon heute sei klar: Auch bis zu 600 Polizeianwärter-Stellen ab 2017, die der Innenminister jetzt in Aussicht gestellt habe, reichten langfristig nicht aus, wenn die Polizei ihre Aufgaben erfüllen solle. Mit Hartz IV und weiterem Sozialabbau hätten die Regierenden für Verunsicherung gesorgt. Mit dem Geringeschätzen von Bürgerbeteiligung und blindem Personalabbau hätten sie Demokratie und Rechtsstaat unterhöhlt. Auch mit fortgesetzter Niedriglohnpolitik hätten sie die sozialökonomischen Grundlagen der Regionen untergraben.

Scheindebatte

Sebastian Wippel, AfD, erklärte die Aktuelle Debatte zu einer Scheindebatte. Wer wolle denn einen schwachen Staat? Offiziell keiner, außer ein paar linken Gruppen, die Parolen an Häuserwände schmierten. Ob CDU und SPD aber wirklich einen starken Staat wollten, müsse bezweifelt werden. Denn ein solcher Staat müsse natürlich

sich und seine Grenzen schützen können. Dazu erklärten die Regierungsparteien, Deutschland könne seine Grenzen nicht schützen, obwohl viel kleinere Nachbarstaaten dies erfolgreich praktizierten. Wer einen starken Staat wolle, der baue auch nicht die Landespolizei bis an die äußerste Schmerzgrenze ab und lasse sich von ausländischen Intensivstraf Tätern nicht auf der Nase herumtanzen.

Hausaufgaben machen

Wenn die Staatsregierung Stärkung verspreche, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, dann müsse sie die Erwartungen auch erfüllen, sonst glaube ihr am Ende

keiner mehr, und das schade dem ganzen Land. Was beispielsweise das Thema Integration betreffe, so sei der Titel der Debatte durchaus zutreffend formuliert, denn in Sachsen werde tatsächlich gehandelt. Hier handelten sehr viele Menschen – und hätten auch schon gehandelt, als der Staat noch gar nicht handlungsfähig gewesen sei – in Hunderten von Willkommensinitiativen und Bündnissen. Dieses Handeln von engagierten Bürgerinnen und Bürgern sei beispielgebend für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft. Aber diese Menschen erwarteten eben auch, dass die Staatsregierung jetzt ihre Hausaufgaben mache.



Das Integrationspaket trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

// Petra Köpping

30. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Lutz Rathenow zum Stasiunterlagen-Beauftragten in Sachsen wiedergewählt – Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der Behörde im Landtag eingebracht

Lutz Rathenow bleibt Sächsischer Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen. Der Sächsische Landtag hat ihn am 16. März 2016 mit 76 Stimmen für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Lutz Rathenow leitet die Behörde seit März 2011. Die neue Amtsperiode bringt möglicherweise grundlegende Veränderungen: Am 17. März 2016 brachten CDU, SPD und GRÜNE einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, der Arbeit und Anbindung des Landesbeauftragten neu regeln soll.



30. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die 2. Aktuelle Debatte der 30. Sitzung des Landtags am 16. März 2015 war von der Fraktion DIE LINKE beantragt worden. Sie stand unter dem Titel »Bahn-Land Sachsen auf dem Abstellgleis«. //

Auf dem Abstellgleis?

Uwe Nösner

DIE LINKE beantragte Aktuelle Debatte zum Bahn-Land Sachsen

Der Wirtschaftsminister, so Marco Böhme, DIE LINKE, werfe der Opposition mit Blick auf das drohende Streckensterben Panikmache vor. Dabei sprechen die Zahlen für sich. Seine Fraktion hätte der Staatsregierung mit dieser Debatte die Gelegenheit geben wollen, den Zweckverbänden Ängste zu nehmen und deutlich zu machen, dass wenigstens der Status quo erhalten bleibe. Das sei nicht passiert. Das Bahn-Land Sachsen drohe aufs Abstellgleis zu geraten. Andreas Nowak, CDU, betonte, dass sich die zehn alten Bundesländer bezüglich der Bundesmittel für den Bahnverkehr gegen die fünf ostdeutschen Länder und Berlin durchgesetzt hätten. Das sei nicht die Schuld der Staatsregierung, sondern schlichte Mathematik, mit der man umgehen müsse. Es müsse jetzt um eine gemeinsame und kraftvolle Lobbyarbeit für Sachsen gehen und nicht darum, den Eindruck zu

erwecken, als würde hier ab morgen überhaupt nichts mehr fahren.

Gegen Horrorszenarien

Thomas Baum, SPD, beschrieb die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs als Ziel der Koalition. So stehe es im Koalitionsvertrag und so werde auch gehandelt. Der Auftrag sei, die in der jüngsten Vergangenheit gemalten Horrorszenarien zu verhindern. Sachsen werde wie alle östlichen Bundesländer in Zukunft weniger Bundesmittel als bisher erhalten. Deshalb müssten im kommenden Doppelhaushalt Lösungen gefunden werden, damit es nicht zu Streckenabbestellungen komme. Silke Grimm, AfD, ging insbesondere auf das Problem der Barrierefreiheit ein. Vor allem im ländlichen Raum seien Bahnreisende noch immer besonders stark in ihrer Barriere-



// Marco Böhme // Fotos: S. Giersch

freiheit benachteiligt. Die Staatsregierung solle sich bei Baumaßnahmen zudem besser mit der Bahn abstimmen, wenn Bahnhöfe doch behindertengerecht umgebaut würden. Beispielsweise sei in Grimma der Bahnsteig 2 behindertengerecht umgebaut worden, obwohl dort gar kein Zug halte.

Regierung Hauptakteur

Katja Meier, GRÜNE, bezeichnete die Staatsregierung mit Verkehrsminister Dulig und

Finanzminister Unland als den Hauptakteur, sollte das Bahn-Land Sachsen tatsächlich auf das Abstellgleis geraten. Sachsen habe sich keine Ziele gesetzt, weder im Koalitionsvertrag noch in der ÖPVN-Strategiekommission. Jetzt bleibe der Haushalt. Finde sich darin nichts zur Bahn-Problematik wieder, werde ihre Fraktion die entsprechenden Änderungsanträge stellen. Abschließend bestätigte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, dass es im Vermittlungsausschuss zur Verteilung der Regionalisierungsmittel keine Auseinandersetzung zwischen Rot-Grün-Schwarz, sondern nur zwischen Ost-West gegeben habe. In der Bevölkerung die Angst vor anstehenden Streckenschließungen zu schüren halte er für fahrlässig. Sachsen brauche eine Lösung und keine weitere Skandalisierung dieses Themas.



Foto: S. Giersch



// Lothar Bienst

// Sabine Friedel

// Cornelia Falken

// Andrea Kersten

// Petra Zais // Fotos: R. Deutscher

Demokratie braucht Dialog

CDU und SPD thematisierten die Bürgerforen zum Schulgesetz

// Die 1. Aktuelle Debatte der 31. Sitzung am 17. März trug den Titel »Die Bürgerforen zum Schulgesetz – eine moderne Demokratie braucht Dialog«. Sie hat auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf der Tagesordnung gestanden. Neben dem regulären Anhörungsverfahren, in dem Verbände und Institutionen schriftliche Stellungnahmen einreichen können, wurden bis zum 7. März neun sogenannte Bürgerforen mit rund 1.000 Teilnehmern durchgeführt. //

Uwe Nösner

Bürgerdialoge, so Lothar Bienst, CDU, sollten für Politiker eine Selbstverständlichkeit sein. Dialoge seien ein Gespräch zwischen Interessengruppen mit dem Zweck des Kennenlernens der gegenseitigen Standpunkte. Dafür müsse dem Gegenüber zugehört, das Gesagte respektiert und ein gemeinsames Verständnis des Problems erreicht werden. Schule gehe alle etwas an. Es sei deshalb

gut gewesen, bei der Novellierung des Schulgesetzes auf den Gedankenaustausch zu setzen. Er sei zwar im Gesetzgebungsverfahren nicht zwingend vorgesehen. Aber dieser Weg zeige, dass die Bürger ernst genommen und ihnen Einflussmöglichkeiten eingeräumt würden. Den Teilnehmern sei über den Stand zum Gesetzgebungsverfahren und die Bewertung ihrer Anregungen durch den

Facharbeitskreis berichtet worden. Ehrlicherweise sei aber auch gesagt worden, was nicht gehe und warum.

Bis jetzt ein Erfolg

Sabine Friedel, SPD, betonte, dass Bürgerbeteiligung frühzeitig stattfinden müsse, wenn sie gelingen solle. Das sei passiert. Ihre Fraktion erwarte die Auf-

nahme vieler Anregungen und Hinweise aus den Stellungnahmen und Dialogforen im überarbeiteten Entwurf des Schulgesetzes. In jenen Fällen, in denen dagegen entschieden worden sei, müsse eine nachvollziehbare Begründung der Ablehnung gegeben werden. So lasse sich das große Engagement aller beteiligten Lehrkräfte, Schüler und Eltern am besten würdigen. Ein Urteil über den überarbeiteten Entwurf und damit über den Erfolg des Beteiligungsprozesses könne aber erst gebildet werden, wenn dieser Entwurf vorliege.

Große Beteiligung

Cornelia Falken, DIE LINKE, gab zu bedenken, dass Dialog allein nicht reiche, um eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung durchzuführen. Die große Beteiligung von Eltern, Schülern, Lehrern, Schulträgern und vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat Sachsen an diesen Bürgerforen habe die zwingend notwendigen Veränderungen im derzeit existierenden Schulgesetz ganz klar gezeigt. Die Enttäuschung über den jetzigen Referentenentwurf sei ebenso groß. Er erfülle noch lange nicht das, was im neuen Schulgesetz eigentlich benötigt werde. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung sei natürlich auch aufgrund dieser Bürgerforen außerordentlich hoch. Demokratie sei verfehlt, wenn diese Erwartungshaltung nicht erfüllt werde.

Format begrüßt

Der jetzige Zeitpunkt, so Andrea Kersten, AfD, sei nicht dazu da, die Bürgerforen zu kritisieren. Ganz im Gegenteil: Ihre Fraktion sei eine Verfechterin von mehr direkter Demokratie. Daher begrüße sie ausdrücklich das Format dieser professionell organisierten Bürgerveranstaltungen, bei denen sie fast immer zugegen gewesen sei. Die Durchführung der Bürgerforen sei allerdings nur ein Teil des demokratischen Beteiligungsprozesses. Erst wenn der neue Gesetzentwurf vorliege, werde

sich zeigen, ob die Bürgerforen tatsächlich dazu angelegt gewesen seien, nicht nur breite Beteiligung, sondern auch Änderungen zu ermöglichen, ob die Bürgerforen als echter demokratischer Beteiligungsprozess bezeichnet werden könnten oder nur eine Schaulustaktion gewesen seien.

wärtig sei noch völlig unklar, ob sich überhaupt etwas von dem, was vorgetragen worden sei, im überarbeiteten Entwurf der Sächsischen Staatsregierung wiederfinden werde. Das, was man ihr selbst in den Debatten zum neuen Schulgesetz als ein ganz zentrales Thema entgegengebracht habe, sei das Thema gemeinsames Lernen.

men der öffentlichen Träger. Ihr Haus werde genau abwägen und den weiteren Prozess vor dem zweiten Regierungsentwurf mit der gebotenen Öffentlichkeitstransparenz gestalten. Die Politik müsse zu den Bürgerinnen und Bürgern gehen. Die repräsentative Demokratie brauche mehr Transparenz und Dialog auf Augenhöhe. Demo-



// Brunhild Kurth

Demokratie in der Moderne lebt von Vielfalt.

Fotos: R. Deutscher

31. Sitzung des Sächsischen Landtags

Gemeinsames Lernen

Beteiligung, so Petra Zais, GRÜNE, habe erst dann Wert, wenn die, die sich einbrächten, auch nachvollziehen könnten, was mit ihrer Kritik und ihren Vorschlägen passiere. Gegen-

Über 60 Prozent der Menschen in Sachsen wünschten sich ein längeres gemeinsames Lernen. Es bleibe abzuwarten, wie sich diese Thematik letztlich im Schulgesetz widerspiegeln werde. Ihre Fraktion werde den Dialog nicht zuletzt auch daran messen.

kratie in der Moderne lebe von Vielfalt. Insofern seien die Bürgerdialoge ein gelungenes Experiment gewesen, zugleich aber auch ein in die Zukunft hin offener gesellschaftlicher Prozess.

Landtag bestätigt Verfassungsrichter im Amt

Der Sächsische Landtag hat in seiner Plenarsitzung am 16. März 2016 Birgit Munz als Präsidentin sowie Dr. Matthias Grünberg als berufsrichterliches Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes wiedergewählt. Birgit Munz erhielt 114 Ja-Stimmen, Dr. Matthias Grünberg 112. Der Verfassungsgerichtshof hat seinen Sitz in Leipzig. Er kontrolliert u. a. Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der Sächsischen Verfassung und entscheidet bei verfassungsrechtlichen Streitigkeiten zwischen den Verfassungsorganen. Der Landtag wählt die Mitglieder dieses Staatsorgans mit Zweidrittelmehrheit für jeweils neun Jahre. Birgit Munz steht seit 2007 an der Spitze des obersten sächsischen Gerichtes.

Über tausend Seiten

Abschließend berichtete Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus, darüber, dass die mehr als tausend Seiten mit Hinweisen und Prüfbitten in ihrem Ministerium gegenwärtig genauso sorgfältig geprüft und ausgewertet würden wie die 50 schriftlichen Stellungnah-



www.landtag.sachsen.de

31. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zum Schulgesetz

Foto: S. Giersch

Das Schulgesetz für den Freistaat gilt seit 2004 fast unverändert. Es bildet damit das Fundament für eine kontinuierliche Schulentwicklung und den Schlüssel für Erfolge des sächsischen Schulsystems, wie regelmäßig erste oder vordere Plätze bei Bildungsstudien (PISA, Bildungsmonitor, TIMMS, IQB-Ländervergleich) belegen. Inzwischen hat sich jedoch Novellierungsbedarf ergeben, sodass die Staatsregierung den Entwurf eines neuen Schulgesetzes für Sachsen zur Anhörung freigegeben hat. Veränderungen am zweigliedrigen Schulsystem wird es nicht geben. Auch die bisher gültigen Vorgaben für allgemeinbildende Schularten zur Mindestschülerzahl und Zügigkeit bleiben erhalten. Was also will die Regierung ändern?

Mehr Mitbestimmung möglich: Künftig können bis zu vier Vertreter des Schulträgers Mitglieder in der Schulkonferenz sein. Eltern, deren Kinder an Schulen in freier Trägerschaft lernen, können nun auch in Kreiselterneräten und im Landeselterrat

// In der 31. Sitzung debattierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über die Bürgerforen zum Schulgesetz (siehe Beitrag S. 9). Lesen Sie dazu die Hintergrundinformationen zur Novellierung des Schulgesetzes, das von der Staatsregierung in den Landtag eingebracht werden muss. //

mitwirken. Bereits von Klassenstufe 1 an können Klassenschülersprecher gewählt werden.

Mehr personelle und finanzielle Freiräume für Schulen: Neu ist die ausdrückliche Regelung, dass der Schulträger den Schulleiter ermächtigen kann, Rechtsgeschäfte mit Wirkung für den Schulträger abzuschließen und für ihn Verpflichtungen einzugehen. Zudem wird die gesetzliche Option geschaffen, Mittel des Freistaates den Schulen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu übertragen. Neu ist, dass die Schulaufsichtsbehörde den Schulen auch ein Budget an Lehrerarbeitsvermögen zur Verfügung stellen kann.

Neue Regeln für die Schulnetzplanung: Schulträger bekommen mehr Mitspracherecht bei der Schulnetzplanung.

Schutzschirm für Schulen im ländlichen Raum: Um Schulschließungen zu vermeiden, sieht der Gesetzentwurf neue Ausnahmen für Grund- und Oberschulen vor.

Mehr gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap: Den wohl größten Veränderungsprozess werden Sachsens Schulen durch die schulgesetzliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erfahren.

Förderung leistungsschwacher Schüler: Mit der Schulgesetznovelle werden auch gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, die Zahl der Schüler ohne Hauptschulabschluss weiter zu reduzieren.

Förderung leistungsstarker Schüler: Zur Förderung beson-

derer Begabungen sind schulartübergreifende und andere Kooperationen möglich; außerdem hält der Freistaat spezielle Beratungsangebote bereit.

Gesetzliche Verankerung der Oberschule: Die aus der Mittelschule hervorgegangene Oberschule wird aufgewertet, u. a. durch ergänzende Bildungsinhalte und die Möglichkeit, mit Gymnasien oder Fachoberschulen zu kooperieren.

Neue Vorgaben für berufliche Schulen: Mindestschülerzahlen pro Klasse werden gesetzlich verankert; an beruflichen Schulzentren müssen jeweils mindestens 750 Schüler lernen.

Eine Behörde für alle Schulen: Die Sächsische Bildungsagentur und das Sächsische Bildungsinstitut werden zum Landesamt für Schule und Bildung zusammengeführt.

www.schule.sachsen.de





31. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: R. Deutscher

Gelebte und geprägte Freiheit

Aktuelle Debatte zu Obergrenzen für Bargeld auf Antrag der AfD-Fraktion

Uwe Nösner

Bargeld, so Frauke Petry, AfD, sei gelebte und geprägte Freiheit. Der von der Bundesregierung geplante Vorstoß, Obergrenzen für Bargeld ab 5.000 Euro einzuführen, sei ein Einschnitt in die Bürgerrechte und ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Darin sei geregelt, dass Freiheitsrechte nur bei unbedingter Notwendigkeit eingeschränkt werden dürften. Die Obergrenze sei ein Angriff auf den Datenschutz, denn Banken, Finanzamt und Behörden könnten leichter überprüfen und kontrollieren, wann, wo und wie viel Geld von Bürgern ausgegeben worden sei. Nach Auffassung von Peter Wilhelm Patt, CDU, seien allein die Europäische Zentralbank und die Bundesbank zur Bargeldversorgung gesetzlich legitimiert und verpflichtet. Es müsse erst ein Gesetz geändert werden, was weder eine Regierung noch eine Bank tun könne, sondern nur das Parlament in Vertretung für den Souverän. So lange, wie

//Eine Aktuelle Debatte zum Thema »Bargeld ist gelebte Freiheit« stand auf Antrag der AfD-Fraktion auf der Tagesordnung der 31. Sitzung des Sächsischen Landtags am 17. März 2016. //

die Bevölkerung mehrheitlich Freiheit und Souveränität über Zahlungsart und über Datenströme haben wolle, werde es auch Bargeld geben.

Geschürte Ängste

Sebastian Scheel, DIE LINKE, stellte klar, dass niemand von der Abschaffung des Bargeldes rede. Natürlich bestehe die Gefahr, dass mit einer Obergrenze Schritt für Schritt eine Abschaffung stattfinden könne. Die AfD aber suggeriere den Leuten, sie verlören ihr Bargeld. Das sei Unsinn. Gebrauchtwagen werde ein besserer Vollzug der bestehenden Regeln für die Verhinderung von Straftaten, von Korruption und Geldwäsche. Deshalb denke er, dass die Frage einer Bargeldobergrenze

jetzt nicht zur Debatte stehe. Ihn, so Mario Pecher, SPD, störe an dieser Debatte, dass nicht zu der Frage, ob es zur Terrorismusbekämpfung oder gegen Geldwäsche nütze, Bargeldobergrenzen einzuführen, diskutiert werde, sondern wieder Ängste bezüglich einer Abschaffung des Bargeldes geschürt würden. Ein Thema, das im Raum stehe, werde missbraucht, um ein neues zu erzeugen. Er glaube felsenfest daran, dass eine Partei, die auf Angst und Erfindung setze, perspektivisch keine Chance haben werde.

Demagogie

Dem schloss sich Valentin Lippmann, GRÜNE, an. Die AfD schüre Ängste, indem so getan

werde, als würde der Oma oder dem Hartz-IV-Empfänger größtmöglicher Schaden dadurch zugefügt, dass es im Bargeldverkehr möglicherweise eine Obergrenze von 5.000 Euro geben könne. Das sei Demagogie und Populismus, die es zurückzuweisen gelte. Er könne der Fraktion nur raten, solche Schmierentheater in Zukunft zu lassen und sich mit Landespolitik zu befassen. Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland stellte abschließend klar, dass das Bargeld nicht abgeschafft werde. Die Begrenzung und Überwachung von Zahlungen folgten einem Vorschlag der Europäischen Kommission. Dieser ziele darauf ab, die Geldströme der Terroristen in Europa trocken-zulegen sowie Geldwäsche und Korruption entgegenzuwirken. Da nach Einschätzung der OECD auch Deutschland als Platz für derartige Aktivitäten gelte, müsse es sich an den Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft beteiligen.

Europäisches Miteinander Friedliche Revolution Wegweiser Parlament



Foto: S. Giersch

// Drei Beiträge widmen sich unterschiedlichen Aspekten des Parlamentarismus und seiner Entwicklung in Sachsen: Auf einer Kuratoriumssitzung des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag wurden am 16./17. Februar in Dresden aktuelle Fragen des Miteinanders in Mitteleuropa erörtert und die nächste Konferenz des Forums konzipiert. Ein Beitrag zur Geschichte der friedlichen Revolution widmet sich dem DDR-Bürgerrechtsaktivisten Matthias Kluge. Und in der neuen Rubrik »Wegweiser Parlament« wird erklärt, was es mit dem Begriff »Gewaltenteilung« auf sich hat. //

Miteinander in Mitteleuropa

Sitzung des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag



// Die Kuratoriumsmitglieder im Dresdner Ständehaus. // Foto: O. Killig

// Unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbner traf sich am 16./17. Februar 2016 das Kuratorium des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag zu einer Arbeitssitzung im Dresdner Ständehaus. Die Kuratoriumsmitglieder aus Österreich, Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Deutschland erörterten die gegenwärtige politische Lage in Mitteleuropa und konzipierten die kommende Konferenz des Forums Mitteleuropa in Budapest. //

Dr. Thomas Schubert

Nicht einfach sei die momentane Situation in Mitteleuropa, das Miteinander sei in schweres Fahrwasser geraten, dessen waren sich die anwesenden Kuratoriumsmitglieder einig. Das interessengeleitete Handeln der vier Visegrád-Staaten

in der Flüchtlingskrise, die unterschiedliche Flüchtlingspolitik der deutschen und der österreichischen Bundesregierung sowie das schwierige Verhältnis zu Russland prägen im Moment nicht nur das politische Geschehen in Mitteleuro-

pa, sie standen auch im Zentrum der Diskussionen im Kuratorium. Dabei tauschten die Kuratoren ihre jeweiligen nationalen und internationalen Erfahrungen aus, erläuterten die tschechische Perspektive ebenso wie etwa die slowaki-

sche oder österreichische. Obwohl oder gerade weil die Zentrifugalkräfte in Mitteleuropa gegenwärtig groß seien, so Prof. Dr. Jan Sokol aus der Tschechischen Republik, dürfe man sich nicht von der verbreiteten »Katastrophenstimmung«

Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag



anstecken lassen. Weit eher müsse sich das Forum Mitteleuropa auf die vitalen Kooperationen und die Gemeinsamkeiten in Mitteleuropa konzentrieren, forderte nicht nur Dr. Erhard Busek aus Österreich. Die mitteleuropäischen Länder als Mitglieder der Europäischen Union und als Angehörige eines über Jahrhunderte hinweg gewachsenen Kulturraums verbinde schließlich unverändert das Interesse an einem europäischen Miteinander in Frieden, Wohlstand und Freiheit.

Einvernehmen erreicht

Im Kuratorium herrschte über diesen Vorschlag Einvernehmen. »Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen« wird folglich die Überschrift der Konferenz am 23. September 2016 lauten. Nach Tagungen in Dresden, Prag, Breslau und Klosterneuburg bei Wien trifft sich das Forum Mitteleuropa 2016 hierzu in der ungarischen

Hauptstadt Budapest. Der Tagungsort geht auf eine Einladung des Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung, László Kövér, an den Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, zurück. Die Konferenz, so die beiden Parlamentspräsidenten, soll sowohl die parlamentarischen Beziehungen zwischen Ungarn und Sachsen stärken als auch die Idee von Mitteleuropa als einem Raum pluraler Vielfalt, großer Kulturzentren und historisch gewachsener Regionen fortschreiben.

Vorträge und Podien zu zwei Themenbereichen werden abermals mitteleuropäische Diskussionspartner zusammenführen. Ein erster Teil widmet sich dem Thema »Miteinander gestern und heute – Die vergangenen Freiheitsrevolutionen und ihr aktuelles Vermächtnis in Mitteleuropa«. Die Freiheitsrevolutionen gegen die kommunistischen Herrschaftsregimes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind ein verbindendes Element unter den Völkern Mitteleuropas.

Es waren nicht nur nationale, sondern auch mitteleuropäische Freiheitskämpfe, vereint im Ziel, das kommunistische Joch abzustreifen und in einem freien Europa selbstbestimmt zu leben. Angesichts des 60. Jahrestags des ungarischen Volksaufstands von 1956 möchte die Konferenz dem verbindenden Moment, dem Miteinander dieser Freiheitskämpfe nachgehen – damals wie heute. Die Idee von Mitteleuropa als einem Raum, in dem Bürgerfreiheit bestimmend ist und Zusammenarbeit im Vordergrund steht, ist das Vermächtnis der Jahre 1989/90. Wie steht es im Jahr 2016 um dieses Vermächtnis? Wie lebendig sind die einst verbindenden Ideen und Ideale heute? Unmittelbar mit der gemeinsamen Erfahrung des Unterdrücktseins und Selbstbefreiens verbunden ist das ost- und mitteleuropäische Erleben der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation nach 1989/90. Hier durchziehen die Gesellschaften Mitteleuropas ähnliche Brüche, die gemeinsame Erfahrungen begründen.

schen Ländern sollen hier ebenso eine Rolle spielen wie Fragen nach dem gegenseitigen Verständnis und dem Vertrauen in Mitteleuropa. Welche übereinstimmenden bzw. gegenläufigen Interessen finden wir im heutigen Mitteleuropa als politische Realität vor? Haben die Mitteleuropäer nicht jede Menge gemeinsame Interessen, die sie zusammenhalten, über die sie sich jedoch stärker verständigen müssen? Wie ist es vor dem Hintergrund der verschiedenen kurz- und langfristigen Interessen um das wechselseitige Vertrauen unter Nachbarn in Mitteleuropa bestellt? Was heißt Vertrauen in Mitteleuropa und wo liegen die Grenzen eines solchen Vertrauens? Wie lassen sich heute und zukünftig die Interessen in Mitteleuropa in größeren Einklang bringen? Wie können die Länder Mitteleuropas künftig zu einem größeren Miteinander, einem stärkeren Vertrauen und einem größeren gegenseitigen Verstehen bzw. Verständnis (zurück)finden? Wie können sie ein gemeinsames Grundverständnis von Miteinander in Europa herausbilden?

Auf nicht alle diese Fragen wird die Konferenz Antworten finden können. Nicht jede Kontroverse wird am Ende ausgeräumt sein. Dennoch oder gerade deswegen lohnt es sich, über das Miteinander in Mitteleuropa zu diskutieren und sich darüber zu verständigen. Dies ist das wichtigste Anliegen des Forums Mitteleuropa – nicht nur im Jahr 2016.

Unterschiedliche Interessen

Das zweite Thema der Konferenz lautet: »Miteinander heute und morgen – Die gegenwärtigen Interessen und ihre künftigen Auswirkungen auf das Vertrauen in Mitteleuropa«. Fragen nach den unterschiedlichen Interessen in den mitteleuropäi-

Foto: Sächsischer Landtag



// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet. //



// 15.01.1990: Demonstration vor dem Gebäude der SED-Ortsleitung Crimmitschau // Foto: Gabor

Matthias Kluge ist ein zurückhaltend-ernsthafter Mensch, der in den 1980er-Jahren beharrlich bürgerbewegte Jugend- und Friedensarbeit betrieb, darum wissend, eine seinen Fähigkeiten entsprechende berufliche Karriere werde ihm nicht vergönnt sein. Friedlicher Initiativen zuliebe nahm er bewusst Nachteile in Kauf. Zu seinen Maximen zählte es, geradlinig zu bleiben.

Pazifist in der DDR

Geboren am 19. Juni 1963 in Crimmitschau im Kreis Werdau als Sohn eines in einem Volkseigenen Betrieb tätigen Schlossermeisters, absolvierte Kluge, dem es verwehrt war, das Abitur abzulegen, eine Maschinenbauerlehre. Von 1982 bis 1991 arbeitete er als Schlosser in einer Zwickauer Maschinenfabrik. Kluge, in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen, entzog sich dem Verfügungsan-

spruch des diktatorischen Staates, trat nicht den Jungen Pionieren bei, nicht den Thälmann-Pionieren und ebenso nicht der Freien Deutschen Jugend. Auch eine Teilnahme an der Jugendweihe kam für ihn nicht in Betracht. Den Dienst mit der Waffe verweigernd, war er zwischen 1985 und 1987 »Bausoldat«. Was Kluge über ältere »Bausoldaten« schreibt, gilt für ihn ebenso: »Die frühe Bausoldatenbewegung in der DDR einschließlich ihrer (gewiss recht rudimentären) informellen Vernetzung war zumindest eine der prägnantesten Artikulationsformen der ost-deutschen Achtundsechziger.«

Diese Zeit verstärkte seinen Pazifismus weiter. Angesichts des familiären Umfeldes bedurfte es für Kluge keines Schlüsselerlebnisses, um vom Marxismus-Leninismus nicht fasziniert zu sein. Der eher introvertierte Bürgerrechtsaktivist engagierte sich vielfältig: in der kirchlichen Jugendarbeit,



in der von ihm ins Leben gerufenen Christlichen Friedensgruppe Crimmitschau, vor allem im Christlichen Friedensseminar Königswalde. Kluge hatte einen »Operativen Vorgang« unter dem Namen »Ratte«. Wer ihn studiert, wird konfrontiert mit üblen Denunziationen. Die Staatssicherheit fürchtete eine zweite organisierte Friedens-Plattform im Kreis Werdau (neben dem Christlichen Friedensseminar Königswalde).

Matthias Kluge gehörte zu den wenigen Personen, die nicht bereit waren, ihren Aufnäher »Schwerter zu Pflugscharen« abzulegen – trotz Schikanen und polizeilicher Zuführung. Seine damalige »Kutte« hängt heute als Unikat im zeitgeschichtlichen Forum Leipzig.

Ende der Diktatur

Als der SED-Staat zusammenbrach, war Kluges Enthusiasmus in der Phase der friedlichen Revolution größer als in jener der deutschen Einheit. Nach dem Ende der Diktatur konnte er das Abitur auf dem Abendgymnasium Zwickau nachholen. Es folgte das Studium der Geschichte, der Politikwissenschaft und der Philosophie an der Technischen Universität Chemnitz. Dem schloss sich 2002 die von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderte Promotion über das Friedensseminar Königswalde an, das ihn ge-

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Ein Friedensaktivist aus Crimmitschau

Matthias Kluge

Literatur:

Matthias Kluge, Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Leipzig 2004.

Matthias Kluge, »Bausoldat ist man lebenslänglich«. Hansjörg Weigel und das Friedensseminar in Königswalde, in: Thomas Widera (Hrsg.), Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989, Göttingen 2004, S. 73–113.

Matthias Kluge, »Bleibe im Lande und wehre dich täglich«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 62–74.

prägt hatte. Eine solche mit Herzblut verfasste Arbeit war ihm ein inneres Bedürfnis. Für ihn sind Leute wie Hansjörg Weigel vom Friedensseminar Königswalde »ostdeutsche Achtundsechziger«. Sie wollten sich, anders als ihre Väter, nicht schuldig machen. Er sah sich trotz seines jungen Alters in dieser Tradition. Der Bescheidene, mit einem Hang zur Melancholie Veranlagte warf der »Ersten Welt« die Ausbeutung der »Dritten Welt« vor. Das gilt heute immer noch. Kluge, seit der Fertigstellung der Dissertation freiberuflicher Dozent und Referent sowie Lehrbeauftragter im Fach Geschichtswissenschaft an der TU Chemnitz, außerdem in Aufarbeitungsprojekten engagiert, hat Veranstaltungen u. a. zur evangelischen Kirche in der DDR, zur Entstehungs- und

Wirkungsgeschichte des Kalten Krieges sowie zum Mauerbau abgehalten. Eine feste, seinen Fähigkeiten angemessene Stelle blieb dem zweifachen Vater, der mit einer Pastorin verheiratet ist, bisher versagt. Vielleicht hängt dies auch mit seiner zurückhaltenden Art zusammen. Das Motto »mehr Sein als Schein« trifft auf ihn wohl zu.

Kontinuität des Denkens

1990 hatte Matthias Kluge das Bündnis 90 gewählt, heute votiert er für die CDU. Wer einen radikalen Wandel vermutet, irrt gründlich. Die Konstante seines Denkens ist die Orientierung an christlicher Wertegebundenheit. Vor der »Wende« von der Notwendigkeit eines dritten Weges etwa im Sinne des »Prager Frühlings« unter Alexander Dubček überzeugt (nicht unbedingt von seiner Machbarkeit), steht er heute solchen Ideen skeptischer gegenüber. Gleichwohl ist die westliche Wohl-



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.



// 23.05.1998: Ev. Akademie Meißen, Tagung zum Prager Frühling

standsgesellschaft für ihn nicht das Nonplusultra. Geprägt von der Kritik des »Club of Rome« an den »Grenzen des Wachstums«, ist Kluge gegenüber jeder Form des Konsumismus resistent. Seine Haltung zur hiesigen Gesellschaft zielt auf »kritische Solidarität«.

Für die Zukunft wünscht sich Kluge, der zwischen einem beherzigen Patriotismus

und einem verachtungswürdigen Nationalismus strikt unterscheidet, eine stärkere Orientierung an den Werten Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Nach wie vor gehören Alexander Dubček, Mahatma Gandhi, Václav Havel, Gustav W. Heinemann und Martin Luther King zu den von ihm verehrten Personen. »Frieden schaffen ohne Waffen« – dieser Slogan der »Bausoldaten« könnte auch für ihn gelten.

Der Wissenschaftler

Kluges bereits erwähnte Dissertation aus dem Jahr 2002 widmet sich dem Christlichen Friedensseminar Königswalde bei Werdau und seinem Gründer Hansjörg Weigel. Der Autor spricht von einem »Widerspruch zwischen Beachtung während der Unzugänglichkeit und Nichtbeachtung seit der Zugänglichkeit«. Die voluminöse Studie ist mit einem hohen Maß an Empathie, wenn nicht sogar Sympathie für den Untersuchungsgegenstand verfasst. Eine der Kernthesen lautet, die Aktivisten von Königswalde wie Hansjörg Weigel und Georg Meusel, vom »Prager Frühling« 1968 tief geprägt, hätten trotz dessen Niederschlagung den Glauben an den demokratischen Sozialismus nicht verloren und bis 1989 darauf hingearbeitet. Kluge hat weitere Studien publiziert, so zu den »Bausoldaten«.



PARLAMENT
Legislative
gesetzgebende Gewalt
Regierungskontrolle

REGIERUNG
Exekutive
vollziehende Gewalt
Ausführung der Gesetze

GERICHTSBARKEIT
Judikative
rechtsprechende Gewalt
Entscheidung
von Rechtsstreiten

Faustpfand für Demokratie

Heute präsentieren wir stolz die Gewaltenteilung und die Gewaltenteilung als Faustpfand für Parlamentarismus und Demokratie. Dabei gibt es in der modernen parlamentarischen Demokratie durchaus gewisse Verschränkungen zwischen den Gewalten – etwa zwischen dem Parlament und der von der Parlamentsmehrheit getragenen Regierung. Gewaltenteilung und Gewaltenteilung sind Ausdruck der Überzeugung, dass es richtig sei, Macht nicht konzentriert auf einer Stelle entstehen zu lassen. Das bedeutet auch – wie wir in der nächsten Folge erläutern werden – die Konzentration auf mögliche parlamentarische Kontrollmechanismen der Macht.

Nach einer Landtagswahl beispielsweise treten die gewählten Abgeordneten zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Dort wird zuerst der Landtagspräsident (aus der Mitte des Parlaments) gewählt. Daraus ergibt sich die Bezeichnung »Erste Gewalt« für die Legislative. Danach wählt das Parlament den Ministerpräsidenten, den Chef der Exekutive oder der »Zweiten Gewalt«. Diese Abstufung verweist darauf, dass die Erste Gewalt die Zweite Gewalt kontrolliert.

Obwohl der Justizminister eines Landes – wie auch im Bund – der oberste Dienstherr der Richter ist, sind sie unabhängig in ihren Entscheidungen. Die rechtsprechende Gewalt – die Rede ist von der »Dritten Gewalt«, also der Judikative – ist ihnen anvertraut. Bei dieser Arbeit sind sie in keiner Weise irgendwelchen Vorgaben unterworfen und tatsächlich nur dem Gesetz verantwortlich, wie dies in Artikel 77 Absatz 2 der Sächsischen Verfassung verankert ist.

Hans-Peter Maier

Gewaltenteilung

// Wie im letzten Landtagskurier angekündigt, beginnen wir in dieser Ausgabe mit dem »Wegweiser Parlament«. Noch einmal sei darauf hingewiesen, dass wir mit dieser neuen Rubrik helfen und unterstützen wollen, nicht beckmesserisch belehren. Das erste Thema »Gewaltenteilung« birgt eine Menge jener Fragestellungen, die dazu angetan sind, fruchtbringende Debatten zu führen. //

Das 18. Jahrhundert wird als das der Aufklärung bezeichnet. Nach Meinung vor allem der Philosophen, aber auch von Naturwissenschaftlern wollte und sollte sich ein aufgeklärter Mensch nicht kritiklos der Obrigkeit hingeben, sondern von seinen natürlichen Rechten Gebrauch machen: fragen, forschen, Meinungen äußern, diskutieren. Der absolutistische Staat, so dachten gegen Ende des 18. Jahrhunderts immer mehr von ihnen, müsse umstrukturiert werden: Um Missstände zu verhindern, sollte vor allem im politischen Leben die Möglichkeit zur freien Äußerung der eigenen Meinung und zur Diskussion vorhanden

sein; Entscheidungen sollten erörtert werden dürfen und abgeändert werden können. Die Macht sollte nicht mehr nur in der Hand des Königs liegen, sondern geteilt sein. Zudem sollten möglichst große Teile der Bevölkerung teilhaben können an den Entscheidungsprozessen. Transparenz im politischen Handeln wurde den Menschen immer wichtiger.


Viele Namen können genannt werden, nicht zuletzt Immanuel Kant und Voltaire. Der Engländer John Locke kann als Ideengeber für den französischen Philosophen und Juristen Baron de Montesquieu angesehen werden, der in seinem

»De l'ésprit des loix« eine Trennung von Gesetzgebung (Legislative), Rechtsprechung (Judikative) und Regierungsgewalt (Exekutive) beschrieb und auf die gegenseitige Kontrolle der drei Gewalten hinwies. Die Republik Korsika (1755–1769) gab sich bis zur gewaltsamen Übernahme durch die Franzosen eine Verfassung, die eine solche Trennung berücksichtigte. Dem folgte die Verfassung der Vereinigten Staaten, die seit 1787 in Kraft ist. Der Begriff »Gewaltenteilung« war geboren und findet sich in allen demokratischen Staaten wieder. So weit in Rudimenten die geschichtlichen Zusammenhänge.



AUSSTELLUNG

STÄDTEBAUFÖRDERUNG IN SACHSEN



Stadtentwicklung in Sachsen: eine Erfolgsbilanz

Foto: O. Killig

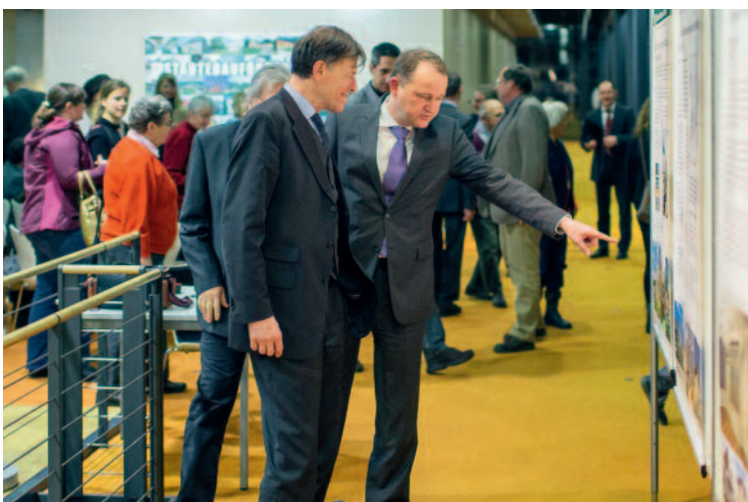
// Eine Wanderausstellung, die vom 1. bis zum 23. März im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags gezeigt wurde, widmete sich dem Thema Wohnen und Leben in Sachsen. Sie zeigte anschaulich, welche tief greifenden Veränderungen sich seit der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Bereich des Städtebaus vollzogen haben – nicht zuletzt dank diverser Bundes- und Landesförderprogramme, aus denen in den letzten 25 Jahren rund 5 Milliarden Euro in die Entwicklung der sächsischen Städte und Gemeinden geflossen sind. //

Neues Wohnen und Leben in Sachsen



Martina Findeisen

// »Städtebauförderung in Sachsen – Neues Wohnen und Leben« war eine Ausstellung überschrieben, die der Verein Kunst+Projekte e. V. vom 1. bis 23. März 2016 im Bürgerfoyer des Landtags präsentierte. Die als Wanderausstellung konzipierte Schau zur Entwicklung des Wohnens und der Gestaltung der Wohnumwelt in Sachsen seit Anfang der 1990er-Jahre zieht ein Resümee nach 25 Jahren. Anhand neu errichteter, sanierter, rekonstruierter und einer neuen Nutzung zugeführter Gebäude, die vorrangig Wohnzwecken dienen, werden die Veränderungsprozesse des letzten Vierteljahrhunderts in Sachsen an Beispielen der Stadtplanung und -entwicklung sowie aus der Praxis von Wohnungsunternehmen, Investoren, Bauträgern, Stadtplanern und Architekten dargestellt. //



»Wohnen und Leben in Sachsen haben in den unmittelbar zurückliegenden beiden Jahrzehnten infolge der deutschen Einheit und der Wiedererrichtung unseres Freistaates vor allem in den Städten eine neue Qualität gefunden. Das wird jeder bestätigen, der in den letzten Jahren zwischen Leipzig und Görlitz, Großenhain und Schneeberg und weit darüber hinaus mit offenen Augen im Land unterwegs gewesen ist«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller bei der Ausstellungseröffnung.

Die Älteren unter uns hätten noch den Vergleich zu den 1980er-Jahren vor Augen und würden sich daran erinnern, wie es vor 25 Jahren in den sächsischen Städten ausgesehen habe. Symbolisch und mit allen Sinnen wahrnehmbar sei auch der Verfall der Städte gewesen. Die Wiedervereinigung 1990 sei gerade noch rechtzeitig gekommen, um die kulturelle und architektonische Substanz der sächsischen Städte zu retten, so Dr. Röbller.

Erfolgsgeschichte Stadtentwicklung

Die Wohn- und Lebensqualität der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung habe sich in den letzten dreißig Jahren nicht verschlechtert, sondern sei – selbst im renovierten und standardmäßig nachgerüsteten Plattenbau – vielmehr gestiegen. Vor diesem Hintergrund sei



Fotos: O. Killig

die Stadtentwicklung in Sachsen in den letzten Jahren immer wieder und zu Recht als Erfolgsgeschichte beschrieben worden. »Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Planung und Verwaltung, unzählige Initiativen, Vereine und engagierte Bürger haben mit ihren Ideen an dieser Erfolgsgeschichte mitgeschrieben«, betonte der Landtagspräsident und setzte fort: »Menschen aus ganz Sachsen trugen dazu bei, dass überall in unserem Freistaat lebenswerte und zukunftsfähige Innenstädte als regionale Zentren entstanden sind.« Stadtentwicklung sei für alle Sachsen ein Zukunftsthema, bei dem wir uns an den bisherigen Erfahrungen und Erfolgen orientieren könnten.

Lebenswerte Städte im Mittelpunkt

Ulrich Menke, Abteilungsleiter Städtebauförderung beim Sächsischen Staatsministerium des Innern, würdigte insbesondere die Anstrengungen des Freistaates Sachsen. So seien seit 1991 über verschiedene Programme der Städtebauförderung rund 5 Milliarden Euro von Bund und Land für die Stadtentwicklung in die sächsischen Städte und Dörfer geflossen. »Heute können wir eine positive Bilanz ziehen«, so Menke. Das Gesamtvolumen der Städtebauförderung liege in diesem Jahr bei rund 607 Millionen Euro. »Alle Programme haben das gemeinsame Ziel der städtebaulichen Erneuerung durch die Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden, die Revitalisierung der Zentren und Nebenzentren und die Verbesserung des Wohnumfeldes in den betroffenen Gebieten, um damit den Bedeutungsverlust der Innenstädte in ihrer Funktion als soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Mitte der Region aufzuhalten. Durch Vielfalt und Funktionsmischung sollen sie Orte der Begegnung und Identifikation bleiben. (...)

Lebenswerte Städte stehen im Mittelpunkt der Zielstellung für die Stadtentwicklung«, so Ulrich Menke. In der »Stadtentwicklungsstrategie Sachsen 2020« heiße es hierzu:

»Lebensqualität der Menschen wahren und verbessern, städtische Lebensräume gestalten, da, wo Defizite sind, diese beseitigen, die Qualität der Stadtentwicklungsplanung weiterentwickeln.«



Orakel über einen Landtag

Kurfürst Augusts Punktierkunst, ein flüchtiger Staatsschatz und der Landtag im Jahr 1576

Jan Bergmann

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Am 3. August 1576 suchte der sächsische Kurfürst August den Rat der Magie, ob er einen Landtag einberufen solle. Auf ein Papier brachte er dazu in geübter Manier zufällige Punkte und Striche auf, um später darin aussagekräftige Muster zu erkennen. In der Geomantik mitteleuropäischer Prägung versucht man, mittels geometrischer Muster, die aus Punkten auf einem Papierblatt gebildet wurden (deshalb auch »Punktierkunst«), und deren mathematischen Ableitungen eine beliebige zuvor gestellte Frage zu beantworten. Die ausgesprochen komplizierte Übung bedient sich nicht nur symbolischer Zahlenschlüssel, sondern auch des astrologischen Tierkreises. Die letztlich errechnete Zahl, »Radix« genannt, gibt schließlich den Ausgangspunkt für das Finden einer Antwort. Dass dem Verfahren, vor allem bei der abschließenden Beantwortung der gestellten Fragen, eine große Willkürlichkeit innewohnt, ist augenscheinlich.

August regierte das mächtige Kurfürstentum bereits seit 23 Jahren erfolgreich und galt schon zu Lebzeiten als wahrer Pater patriae – als fürsorglicher, bodenständiger Landesvater. Unbestritten sind bis heute die umtriebigen Versuche des Landesherrn und seiner Gemahlin,

Anna von Dänemark, die kurfürstliche Wirtschaft auf der Grundlage neuester technischer und landwirtschaftlicher Erkenntnisse zu verbessern und auszubauen. Gleiches gilt auch für die erweiterte und verbesserte Verwaltung und Justiz des frühmodernen Staates. Neuere

Forschungen relativieren aber das hausväterliche Bild von dem angeblich humanistisch denkenden Kurfürsten. August gilt heute als strategisch agierender Machtpolitiker, der stets seine Vormachtstellung unter den Reichsfürsten zu behaupten suchte und den sein

Misstrauen selbst gegenüber engen Vertrauten und Ratgebern bisweilen nicht vor äußerst drastischen Maßnahmen zurückschrecken ließ. Wer dies rückblickend beurteilt, sollte sich jedoch nicht dazu verleiten lassen, Handlungsmuster aus anderen Epochen, die uns heute befremdlich und abwegig erscheinen mögen, nach Maßstäben unserer Zeit zu bewerten.

Magie für alle Lebenslagen

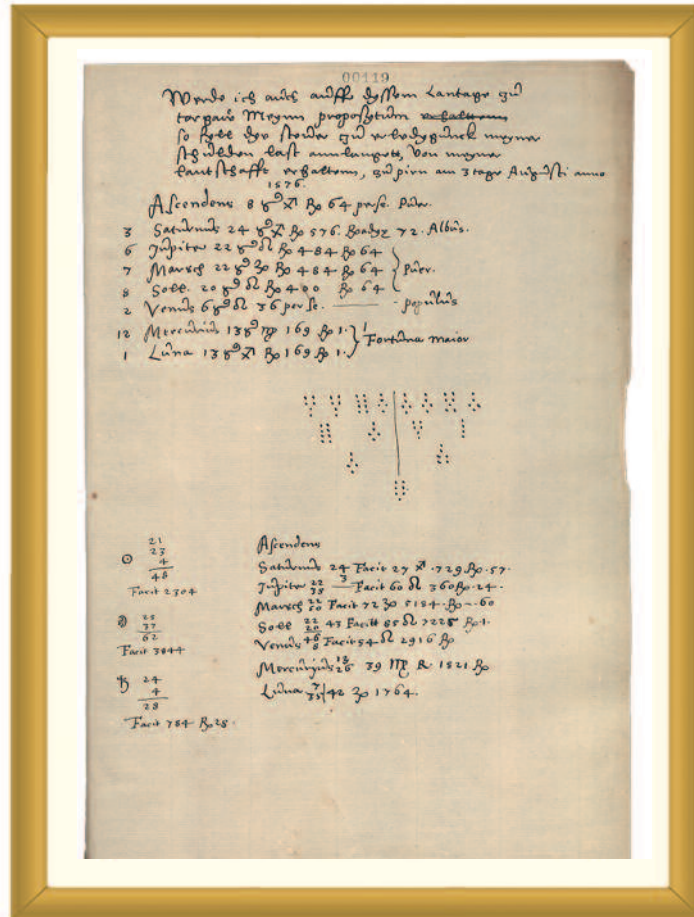
Als Anhänger magischer Übungen suchte der Landesherr wiederholt den Rat übernatürlicher Kräfte. Eine solche Praktik waren etwa die geomantischen, d. h. im weiteren Sinne wahrsagerischen Übungen Augusts. Während ein Staatsoberhaupt damit in unseren Tagen untragbar wäre, galten derartige Künste am Beginn der Frühen Neuzeit durchaus nicht als ungewöhnlich.

Die Punktierbücher Augusts sind teilweise erhalten. Der sächsische Kurfürst formulierte



// Planetenlaufuhr Kurfürst Augusts von Sachsen, Eberhard Baldewein et al., Marburg/Kassel 1563-1568 // Mathematisch-Physikalischer Salon Dresden, Inv.-Nr.: D IV d 4. Foto: Carsta Härtel.

// Seite aus einem »Punktierbuch«
Kurfürst Augusts, 1576. //
Sächsische Landesbibliothek –
Staats- und Universitätsbibliothek
Dresden (SLUB), Handschriften-
sammlung, Mscr.Dresd.K.19,BI.119



Fragen zu allen Lebenslagen, zumeist aber zur Europa-, Reichs- und Landespolitik. Weiterhin kommt immer wieder zum Ausdruck, dass der orthodox-lutherisch gesinnte Wettiner sich von calvinistischer Unterwanderung bedroht fühlte. Aber auch familiäre Entwicklungen oder sein künftiges Jagdglück wurden vom Kurfürsten mittels Magie erfragt.

Der Landesherr ließ sich jedoch nicht blind von seinen geomantischen Übungen in seinen alltäglichen oder politischen Entscheidungen leiten. Die Punktierkunst konnte aber vorgefasste Meinungen und Entscheidungen durchaus bekräftigen und Augusts Handeln noch entschlossener werden lassen. Denn in aller Regel wurden die errechneten Zahlen so interpretiert, dass sie den kurfürstlichen Vorstellungen entsprachen. Zu spüren bekam dies etwa Cornelius von Ruxleben, ein gefallener Günstling, der wegen angeblicher Beleidigung der Kurfürstin inhaftiert wurde. Auf Veranlassung Augusts wurde er mehrfach gefoltert und verstarb schließlich nach jahrelanger Haft. Wie sehr den Kurfürsten beschäftigte, ob von Ruxleben oder dessen Denunziant, Paul Gröbel, die Wahrheit sagte, belegen zahlreiche »Fragstücke« in den kurfürstlichen Punktierbüchern. Welchen Einfluss die vorgebliche Magie auf die diesbezüglichen landesherrlichen Entscheidungen hatte, bleibt jedoch unklar.

Ob man einen Landtag abhalten soll?

Im Jahr 1576 meinte Kurfürst August zu erkennen, dass in seinem Staat die Anhänger einer bestimmten Auslegung der evangelischen Glaubenslehre – die sogenannten Kryptocalvinisten – in höchste weltliche und kirchliche Kreise aufgestiegen seien. Der sächsische Kurfürst befürchtete, dass diese Männer den wahren lutherischen Glauben verderben und die politische Macht an sich reißen würden. Zur gleichen Zeit sickerten durch die neue kaiserliche Münzordnung mehr und mehr schlechtere Münzen nach Sachsen ein. Außerdem liefen bald die Land- und Tranksteuerzahlungen aus, die die Landtage stets nur auf eine befristete Zeit bewilligten. Dieses Geld benötigte der Landesherr aber unter anderem zur Schuldentilgung oder zur Bildung von Rücklagen. Beides

veranlasste ihn dazu, die Landstände um neuerliche Zahlungen an seine Kasse zu bitten. Nach der Vorstellung des Kurfürsten sollte es die letzte Abgabe sein, um seine Schulden zu tilgen. Höchste Zeit also für August von Sachsen, nach sechs Jahren wieder eine allgemeine Ständeversammlung einzuberufen.

Es verstand sich für den Kurfürsten von selbst, dass er die Figuren und Zahlen seiner geomantischen Übungen auch zum Abhalten von Landtagen befragte. »Sol ich mit meiner Landtschafft auff einen ausschus handeln?« schrieb August wiederholt in seinen Fragstücken nieder. Im Jahr 1576 lautete die Antwort »ja«. Augusts Sorgen drehten sich wie so oft um seine Schulden. So schrieb er in Pirna am 3. August, wenige Tage, bevor er den Landtag ausschrieb, in sein Punktierbuch: »Werde ich auch auff dyssem Lantage czu torgaw Meynn pro-

posytum so fyll dye steuer czu erledygungck meyner schulden last annlangett, von meyner lantschafft erhalten [?]

Die Steuern wurden seit jeher von den kursächsischen Landständen bewilligt. Auf dem vorangegangenen Landtag von 1570 hatten diese jedoch zudem die vollständige Steuerverwaltung unter ihre Aufsicht gebracht. Dafür übernahmen die Stände aber auch die gesamten Staatsschulden, die sich in dieser Zeit bereits auf über drei Millionen Gulden beliefen. Obwohl Kursachsen hohe Staatsschulden hatte, galt es im Vergleich zu den anderen Territorien des Alten Reiches aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner reichen Silbererzvorkommen als vermögensreich.

Die Antwort auf seine geomantische Frage im Vorfeld des 1576er Landtages scheint Kurfürst August zuvor schon sehr klar gewesen zu sein, sodass er sie entgegen seiner Gewohnheit auch nicht eigens niederschrieb. Tatsächlich bewilligte der Landtag die Steuerforderungen ohne Zögern und ohne nennenswerte Bedingungen, so, wie der Kurfürst sie vorgelegt hatte. Ob es August gelang, seine Schulden zu tilgen, bleibt vorerst unbekannt. Die gehorteten Geldreserven hat sein Sohn und Thronfolger, Christian I., in seiner nur fünfjährigen Regierungszeit fast gänzlich ausgegeben.



Ausstellung

»Erfasst, verfolgt, vernichtet – Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus«

Vom 30. März bis zum 11. Mai wird im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Erfasst, verfolgt, vernichtet – Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus« gezeigt. Organisiert wurde die Ausstellung von der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikums Dresden in Zusammenarbeit mit der DGPPN (Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde) und CSW (Christliches Sozialwerk). Leitlinie der Wanderausstellung ist die Frage nach dem Wert des Lebens. Daran orientiert, befasst sie sich mit den Massenvernichtungen, der Zwangssterilisation und der Ausgrenzung von Behinderten und Kranken während der NS-Diktatur. Außerdem setzt sie sich auch mit den Opfern, Tätern, Tatbeteiligten sowie Opponenten auseinander. In der Midissage, die am 19. April im Bürgerfoyer stattfindet, wird Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner eine Ansprache zu der Ausstellung halten.



Foto: S. Floss

Foto: S. Füssel

Mongolischer und rumänischer Botschafter zu Gast im Landtag

Am 16. Februar 2016 empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner den Botschafter der Mongolei, S. E. Tsolmon Bolor, zu dessen Antrittsbesuch. Im Ständehaus tauschten sich beide über ihre Erfahrungen im Transformationsprozess aus. Die Mongolei sei sehr an einer Zusammenarbeit mit Deutschland und Sachsen interessiert, konstatierte der Landtagspräsident. Nur wenige Tage später der nächste Antrittsbesuch: Für den 23. Februar 2016 hatte sich der rumänische Botschafter, S. E. Emilian Horațiu Hurezeanu, angekündigt. Im Mittelpunkt des Gespräches stand die politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes und seiner Nachbarn. Außerdem wurde darüber gesprochen, wie die Flüchtlingskrise zu bewältigen sei und wie kulturelle Begegnungen zwischen Sachsen und Rumänien geschaffen werden könnten.

Heft 61 der Schriftenreihe erschienen:
Dokumentation zur Gedenkveranstaltung
am 27. Januar 2016

Am 27. Januar 2016 fand auf Einladung des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Ehren-gast der Veranstaltung war Dr. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und ehemalige Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland. Ihre Ausführungen zu sehr persönlichen Kindheitserinnerungen in den Kriegsjahren sowie ihre Sicht auf die aktuelle politische Situation in Deutschland finden sich neben den Reden des Landtagspräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten in dieser Broschüre wieder. Die Broschüre kann ab sofort kostenfrei bestellt werden.



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

20. – 21.04.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

26.–27.05.2016
22.–23.06.2016
11.08.2016
31.08.–01.09.2016
09.–10.11.2016
13.–16.12.2016

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzun-
gen live als Videostream
auf der Internetseite
www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen,
die Wortprotokolle und die
Videoaufzeichnungen finden
Sie in unserem Internet-
auftritt.
Weiterhin werden die aktuel-
len Debatten der Plenar-
sitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt.
Nähere Informationen
entnehmen Sie bitte dem
Programm Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+ auf
dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.
Weitere
Informationen
erhalten
Sie unter
www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentari-
schen Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 18.03.2016

Gastautor: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Jan Bergmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden